

**Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen"
im Rat der Stadt Bornheim**

Rathaus
53332 Bornheim



Bornheim, 07.01.2005

An den Vorsitzenden des Umweltausschusses
Herrn Heinrich-Peter Kreuels
c/o Stadtverwaltung Bornheim
Rathaus
53332 Bornheim
-Kopie an den Bürgermeister-

Sehr geehrter Herr Kreuels,
veranlassen Sie bitte, dass der nachfolgende Antrag auf die Tagesordnung der
Sitzung des Umweltausschusses am 02.02.2005 genommen wird.
Mit bestem Dank und freundlichen Grüßen

(Dr. Arnd Kuhn)

(Dieter Wienand)

(Dr. Michael Pacyna)

Antrag: "Umsetzung des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)"

Die Verwaltung der Stadt Bornheim wird beauftragt Projekte für Erneuerbare Energien (Sonne, Wind, Wasser, Biomasse, Geothermie) auszuarbeiten und zur Verwirklichung vorzuschlagen. Besondere Beachtung sollten dabei die Finanzierungsmöglichkeiten derartiger Projekte durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sowie der vielfältigen neuen Förderprogramme der Bundes- oder Landesregierung finden.

Solche Projekte können z.B. sein:

- Eigenstromerzeugungsanlagen (Wind, Photovoltaik, Kleinwasserkraftanlagen)
- kombinierte Wärme-, Kälte- und Stromerzeugung mit Geothermie oder Biomasse (feste Biomasse, Pflanzenöle oder Biogas) in Wohngebieten, Industrie- und Gewerbeanlagen oder in öffentlichen Gebäuden
- Beteiligungen der Stadt an innovativen Unternehmen zur Produktion von Erzeugungstechniken für Erneuerbare Energien (z.B. Photovoltaikfabriken, Windradproduzenten oder Biogasanlagenhersteller)
- Umrüstung der städtischen Fahrzeuge auf Treibstoffe mit Erneuerbaren Energien, z.B. Pflanzenöle, Bioethanol, u.a..

Der Umweltausschuß fordert die Verwaltung zudem auf, in den verschiedenen Genehmigungsverfahren für Anlagen von Erneuerbarer Energien den Bau nicht zu behindern, z.B. das örtliche Baugenehmigungsrecht zu vereinfachen oder in der Raumplanung entsprechende Anlagen vorzusehen.

Begründung:

Mit den neuen Gesetzen der Bundesregierung im Energiebereich gibt es nun vielfältige Möglichkeiten, einen wirtschaftlichen Betrieb von Anlagen mit Erneuerbaren Energien zu verwirklichen. Die aus Klimaschutz-, Umweltschutz- und arbeitsmarktpolitischen Gründen dringend erforderliche Einführung der Erneuerbaren Energien wird somit erleichtert. Die Ziele der Europäischen Union und der Bundesregierung, bis 2010 den Anteil der Erneuerbaren Energien mindestens zu verdoppeln, können damit auch in unserer Kommune unterstützt werden.

In vielen Projekten kann die Wirtschaftlichkeit erreicht werden, weil im EEG Einspeisungsvergütung gesetzlich garantiert ist. Zum anderen steigt die Wirtschaftlichkeit, da der Bezug des drastisch verteuerten Erdöls oder Erdgas vermieden wird. So wird auch in unserer Kommune die Abhängigkeit von steigenden Öl- und Gaspreisen verringert, gleichzeitig der Umweltschutz verbessert und neue Arbeitsplätze geschaffen.